

Die LINKE in Magdeburg auf dem Weg zu den Wahlen 2021-2022

Wahlergebnisse geben Auskunft über die Stimmung in der Gesellschaft. Sie widerspiegeln Erfolg oder Misserfolg unserer Arbeit zwischen den Wahlen.

Uns allen sind die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Erinnerung: eine bittere Niederlage mit 16,3 Prozent statt zuvor 23,7 Prozent. Auch bei der Bundestagswahl hatten wir in Sachsen-Anhalt herbe Verluste zu verzeichnen. Und schließlich erreichten wir bei der Stadtratswahl in Magdeburg nur noch 15,3 statt vorher 22,2 Prozent. Diese schmerzliche Tendenz wird besonders deutlich, wenn wir die kommunalpolitischen Wahlergebnisse von 2004 = 29,8 Prozent – über 2009 = 23,4 Prozent und dann 2019 15,2 Prozent vergleichen. Diesen Trend gilt es umzukehren!

Die Gesellschaft im Licht von Krise und Corona

Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas. Gesellschaftliche Defizite werden noch stärker sichtbar. Die Schwächen des Staates sowie die absehbaren Konsequenzen wurden und werden während der Corona-Pandemie verschärft. Billionen Euro an Staatshilfen für die Coronakrise und 156 Milliarden Euro geplante Schuldenaufnahme für 2020 werden die Gesellschaft finanziell erheblich belasten. Die Verteilungsfrage rückt wieder stärker in den Mittelpunkt. Es ist offensichtlich: In den letzten Monaten wurden die Reichen reicher. Die Pandemie wird genutzt, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen. Die Armen aber werden ärmer. Das erleben wir in unserer Stadt: Kurzarbeit ist dabei oft der erste Schritt in Erwerbslosigkeit, Tafeln funktionieren nur eingeschränkt und viele Menschen geraten in die Armutsfalle. Hart trifft es auch die Rentner*innen in der Grundsicherung, ebenso die Jugendlichen, denen kein Ausbildungsplatz angeboten wird bzw. die ihren Ausbildungsplatz verloren haben. Die junge Generation fragt sich, ob sie mit ihrer Zukunft die Krise und die Folgen von Corona bezahlen muss. Sie sind offensichtlich schon jetzt die Hauptverlierer der Corona-Krise. Doch wer bezahlt am Ende die Zeche? Die LINKE kämpft darum, dass die entstandenen Kosten gerecht verteilt werden. Wir fordern klare Antworten von der Regierung, wie groß der Schaden sein wird. Wir wollen, dass starke Schultern dann auch stark in Verantwortung genommen werden. Vermögensabgabe oder eine Corona-Abgabe für Besser- oder Hochverdiener sollten eine Möglichkeit sein, um die Schäden aus Krise und Corona auszugleichen.

Die Pandemie wirkte wie ein Brennglas. Gesellschaftliche Defizite werden noch stärker sichtbar. Die Schwächen des Staates sowie die absehbaren Konsequenzen wurden und werden während der Corona-Pandemie verschärft. Das bedrückt die Menschen heute umso mehr, das entfacht aber auch die Verteilungsfrage neu. In den letzten Monaten hat die Anzahl der Millionär*innen und der Milliardär*innen zugenommen – die Reichen wurden reicher. Die Pandemie wird offensichtlich genutzt, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen. Das sieht man daran, dass es sehr wohl Finanzspritzen für Großkonzerne gibt, aber die als systemrelevant erkannten und bisher

schlecht bezahlten Berufe mit einem warmen Händedruck abgespeist werden sollen. Die Armen werden ärmer. Das erleben wir in unserer Stadt: Kurzarbeit ist oft der erste Schritt in Erwerbslosigkeit, das Kurzarbeitergeld (60/67 Prozent vom Nettoeinkommen) reicht vorne und hinten nicht, die Tafeln funktionieren nur eingeschränkt. Viele Menschen geraten in die Armutsfalle, mussten ihre Mietzahlungen aufschieben, bei Banken und Sparkassen häufen sich die Anträge, Kreditrückzahlungen zu strecken. Für Menschen, die in finanzieller Not sind, gibt es keine Unterstützung. Hart trifft es die Rentner*innen in der Grundsicherung, ebenso die Jugendlichen, denen kein Ausbildungsplatz angeboten wird bzw. die ihren Ausbildungsplatz verloren haben. Geringverdienende Menschen sind schon jetzt die Hauptverlierer der Corona-Krise. Wer Kinder hat, kann noch von etwas Familienbonus profitieren – aber ist das wirklich ausreichend?

Wie wollen wir leben? – Visionen, Ziele, Wege

Aufgabe der LINKEN ist es, solidarische Antworten anzubieten. Ziel bleibt, den Kapitalismus und das Streben nach Maximalprofit zu überwinden. Mit unserer Politik heute wollen wir die Grundlagen für eine glückliche Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder in zwanzig Jahren schaffen:

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der es sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zugeht! Die Schere zwischen arm und reich ist weniger stark als heute – starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern.
- Wir wollen, dass alle Menschen innerhalb wie außerhalb von Erwerbsarbeit ein würdevolles Leben führen können – eine sanktionsfreie Grundsicherung für alle. Hartz IV ist überwunden.
- Die Bereiche der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur sind in öffentlicher Hand, demokratisch strukturiert und an den Bedürfnissen der schwächsten Einwohner*innen orientiert.
- Durch eine Verkürzung der regelmäßigen Zeit für Erwerbsarbeit auf 25 bis 30 Stunden pro Woche wird alle Arbeit, auch die Familienarbeit, die Pflegearbeit, die Kulturarbeit und die Arbeit an der Demokratie fair geteilt. Größere Freizeitblöcke (Sabbaticals) für Bildung, Reisen, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen sind möglich und gewünscht.
- Die Infrastruktur im ländlichen Raum in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Handel wird erhalten und verbessert. Attraktive, flexible und intelligente Mobilitätsangebote werden entwickelt, um infrastrukturelle Gegebenheiten auszugleichen.
- Dadurch wird eine gleichwertige Lebensqualität in allen Teilen der Stadt und des Landes gesichert.
- Durch kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau gibt es ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Angebot an Wohnungen für die sich ändernde Gesellschaft. Gut durchmischte Wohnquartiere und Mehrgenerationenprojekte sind Voraussetzungen für ein friedliches, konstruktives und solidarisches Miteinander der Menschen.

- Die Stadt ist für die Menschen da – der öffentliche Personennahverkehr wird deshalb so ausgebaut und angeboten, dass zumindest innerstädtische Räume weitgehend autofrei werden können. Wir haben den Nulltarif!
- Die Ungerechtigkeit bei Entlohnung und Arbeitszeit zwischen Ost und West, zwischen Männern und Frauen ist aufgehoben. Für gleichwertige Arbeit gibt es gleichen Lohn. Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge enthalten Tariftreuregelungen. Werkverträge sind abgeschafft. Gewerkschaften sind die anerkannten Vertretungen der abhängig Beschäftigten wie auch der Soloselbständigen.
- Die staatliche Beteiligung an unterfinanzierten Betrieben sichert Mitbestimmung, Tariftreue und ökologische Nachhaltigkeit. Es werden sinnvolle Arbeitsplätze erhalten. Das Land wird modernisiert.
- Bildung und Ausbildung von der Kindertagesbetreuung bis zur Universität ist beitrags- und gebührenfrei und wird für alle jungen Menschen garantiert.

Das alles ist in der gegenwärtigen Situation schwer vorstellbar? Diese Weichenstellung müssen wir gegen die Absichten der Regierung und der Unternehmen erkämpfen. Wir wollen und müssen es angehen, weil unsere Gesellschaft sonst zerbricht: Wir können als Bewohner*innen dieser Welt weder die andauernde soziale Benachteiligung ganzer Menschengruppen und Regionen noch den weiteren Raubbau an den Ressourcen der Erde und auch keine weitere Klimaerwärmung verkraften.

Die LINKE steht für einen politischen und gesellschaftlichen Wechsel – gerade in der Überwindung der Folgen von Krise und Pandemie!

Die LINKE kämpft für einen Politikwechsel in der Gesellschaft - für ein soziales und auch ökologisches System, das Chancengerechtigkeit für alle bietet. Wir engagieren uns für eine zukunftsfähige und weltoffene Politik auch in unserer Stadt. Wir greifen die Alltagsprobleme auf und bieten umsetzbare Lösungen im Hier und Heute. Das tun wir mit unserer Fraktion im Stadtrat wie in Initiativen, Bewegungen und Vereinen, in gesellschaftlicher Verantwortung und in politischer Bildung.

Im Gefolge der Krise, die schon lange vor der Corona-Pandemie begonnen hat, sinken das Bruttosozialprodukt und die Steuereinnahmen – davon wird auch unsere Stadt Magdeburg hart getroffen. Angesichts der finanziellen Misere, der Mindereinnahmen, der höheren Ausgaben und der Schuldenbremse werden wir aber nicht kapitulieren, sondern um soziale Gerechtigkeit kämpfen. Für „die Wirtschaft“ sind, wie das Beispiel Lufthansa zeigt, hohe Milliardenbeträge vorhanden. Unsere Kommunen benötigen ebenso einen Schutzschirm, denn wir alle leben in einer Stadt oder einem Dorf! Der Bund muss die Gewerbesteuer ausfälle ebenso vollständig übernehmen wie die Kosten der Unterkunft bei ALG II-Empfänger*innen. Den Kommunen müssen Schulden erlassen werden, um wieder handlungsfähig zu sein, die Einnahmeausfälle der öffentlichen Verkehrsbetriebe sind vollständig auszugleichen. Woher sonst soll denn das Geld kommen?

Wir fordern einen Lastenausgleich: starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern! Wir brauchen eine Vermögensabgabe und dauerhaft eine gerechtere Besteuerung, Luxus- und Vermögenssteuern. Zur Stärkung der kommunalen Wirtschaft ist ein Investitionsprogramm erforderlich. In Magdeburg gibt es noch viele zu lösende Probleme, wie z. B. wachsende Armut, ungenügende soziale Angebote und so manche Lücke im Spektrum des kulturellen Lebens.

Die Corona-Krise hat sichtbar gemacht, dass die von der Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung solange ein Märchen ist, bis die finanzielle Ausstattung der Kommunen wirklich ausreichend ist. Dafür kämpfen wir.

Das Virus zu stoppen, bedeutet nicht, dass Infektionsschutz als Vorwand benutzt wird, um politischen Protest und demokratische Grundrechte auszusetzen oder arbeitsrechtliche Standards wie den 8-Stunden-Tag auszuhebeln.

Als LINKE organisieren und unterstützen wir politische Aktionen und soziale Kämpfe für Wirtschaftsdemokratie, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, für Frieden und Abrüstung, gegen Rassismus, für internationale Solidarität, für eine sozial-ökologische Transformation und eine Mobilitätswende.

LINKE Politik lebt von einer lebendigen und starken Basis.

Wir wollen unsere Inhalte und Ziele in Gesprächen und Begegnungen vermitteln, ausloten und

diskutieren. Wir werden unsere Positionen und Erfolge teilen. Das setzt verständliche und nachvollziehbare politische Wege und Ziele voraus. Wir organisieren öffentliche Veranstaltungen, bei denen diese Wege und Ziele mit unseren Genoss*innen, mit interessierten Einwohner*innen diskutiert werden. Wir sprechen mit den Menschen vor Ort, in den Betrieben, in den Schulen, in ehrenamtliche Funktionen, in Familien- und Freundeskreisen. Wir werden für alle Mitglieder und Interessierte Foren zu unserem Wahlprogramm organisieren. Alle Mitglieder können allein oder in Gruppen ihre Standpunkte vermitteln und sich in der Vorbereitung einbringen, ganz unabhängig von formellen Strukturen.

Wir werden engagierte Wahlkämpfe führen!

In Magdeburg werden wir Wahlkämpfe in vier Landtagswahlkreisen und einem Bundestagswahlkreis gemeinsam mit Schönebeck-Calbe organisieren. Für 2022 bereiten wir uns auf die Wahl der*des Oberbürgermeister*in vor. Wir brauchen einen langen Atem, denn das bedeutet, dass wir uns für die kommenden anderthalb Jahre fast ständig im Wahlkampf befinden.

Entsprechend unseren Überlegungen und Strategien treten wir mit vier profilierten Kandidat*innen in den Direktwahlkreisen an. Mindestens zwei Kandidat*innen sollen Frauen sein. Wir werden auf dem kommenden Stadtparteitag die Vertreter*innen für die Aufstellung der Landes- und Bundeslisten wählen. Unser Ziel ist es, dass mindestens eine Genossin bzw. ein Genosse unseres Stadtverbandes über die Landesliste in den Landtag einzieht. Wir wollen mindestens in Magdeburg Nord wieder ein Direktmandat erringen.

Das durch den Stadtvorstand berufene Wahlbüro wird einen kommunikativen und transparenten Arbeitsstil entwickeln und mit dem Landeswahlbüro konstruktiv zusammenarbeiten. Auf der Grundlage einer klaren Aufgabenbeschreibung werden alle Aktivitäten zur Wahl vorbereitet. Es wird notwendig sein, auch im Falle einer zweiten Infektionswelle bzw. unter Corona-Bedingungen geeignete Arbeits- und Aktionsformen zu finden. Besonderen Wert legen wir auf die rechtzeitige Erarbeitung und Bereitstellung der Wahlmaterialien. Wir werden alle Ortsverbände und Basisorganisationen, alle Genoss*innen in die Arbeit einbeziehen, alle Mitglieder nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten aktivieren und entsprechende Arbeitsstrukturen schaffen.

Wir werden immer Wahlkampf machen. Wir verteilen ganzjährig unsere Materialien an Ständen, direkt in die Briefkästen und im digitalen Raum. Wir führen Gespräche an Infoständen und bei Spaziergängen.

Wir wollen alle Genoss*innen durch politische Veranstaltung und politische Bildung motivieren und aktivieren, für unsere Ziele zu werben.

Gemeinsam mit der Stadtratsfraktion, mit der wir die Zusammenarbeit intensiviert haben, werden wir über unseren Beitrag zur Oberbürgermeister*inwahl 2022 beraten. Dabei werden wir unsere kommunalpolitische Kompetenz beweisen.

Die LINKE in Magdeburg – eine Mitmachpartei!

Unsere Erfolge sind die Ergebnisse des Wirkens von uns allen. Daher sind alle Mitglieder aufgefordert, sich jederzeit aktiv in die Arbeit des Stadtverbandes einzubringen, sich gegenseitig zu unterstützen und für unsere Positionen, Ideen und Ziele zu streiten. In diesem Sinne schafft der

Stadtvorstand Raum für Diskussionen, um aktive Basisarbeit mit politischer Bildung zu verbinden. Zu wichtigen stadtpolitischen, landespolitischen und bundespolitischen Themen werden wir die Diskussion im Stadtverband und in den Ortsverbänden intensivieren. So erreichen wir einen besseren Austausch untereinander und stärken unsere Argumentationsfähigkeit im Dialog mit unserem persönlichen Umfeld und in der Öffentlichkeit.

Der Wahlkampf hat begonnen!